



Presseschau vom 01.06.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voiceevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.*) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: Ukrainischer Provider sperrt russische Webseiten auf Krim

Die Krimmer Tochter der ukrainischen Telekommunikationsgesellschaft „Wolja“ hat zeitweilig den Zugang zu russischen Internetservices auf der Schwarzmeer-Halbinsel Krim gesperrt, schreibt die ukrainische Zeitung „Ekonomitscheskaja Prawda“ unter Berufung auf den technischen Support von „Wolja“.

Solche russischen Webressourcen wie Yandex und Mail.ru sowie die Sozialnetzwerke VKontakte und Odnoklassniki seien gesperrt worden. Die Störung ereignete sich laut dem stellvertretenden Minister für Innenpolitik, Information und Kommunikation der Krim, Maksim Jakowlew, wegen ukrainischer Reserve-Kommunikationswege.

Einige Krimmer Internet-Anbieter benutzten demnach neben russischen Kommunikationswegen noch solche alten Verbindungen, die durch die Ukraine führen. Diese Wege seien blockiert worden, russische Inhalte werden derzeit über russische Internetkommunikationen umgeleitet. Der Zugang zu russischen Webseiten wurde Medienberichten zufolge bereits wiederhergestellt. Zuvor hatte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko einen Beschluss des Sicherheits- und Verteidigungsrates des Landes bestätigt, laut dem die Sanktionsliste gegen Russland erweitert wurde. Insbesondere gilt in der Ukraine nunmehr ein Zugangsverbot zu den russischen sozialen Netzwerken VKontakte und Odnoklassniki sowie zu den Yandex- und Mail.ru.-Ressourcen. Der diesbezügliche Erlass war am 17. Mai in Kraft getreten.

Die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa sagte dazu, die Ukraine wolle mit der Sperre der russischen sozialen Netzwerke alternative Informationsquellen blockieren. Kiew habe damit den Kurs auf eine unmittelbare Verletzung von Verpflichtungen zur Gewährleistung der Meinungsfreiheit genommen.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben vorsätzlich Vertreter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz beschossen, die Lebensmittel an die Einwohner des frontnahen Dorfes **Prischib** im Slawjanaserbskij-Bezirk der LVR austeilten. Dies erklärte der stellvertretende Staatssicherheitsminister der Republik Alexandr Bassow.

Das Dorf Prischib, in dem sich die Mitarbeiter des IKRK befanden, wurde am 30. Mai beschossen. Mit Mörsern wurde aus Richtung des von den Kiewer Truppen besetzten Trjochisbjonka geschossen.

„Gestern haben die Kiewer Truppen ein weitere Provokation gegen Vertreter des IKRK und friedliche Einwohner von Prischib begangen. Während der Ausgabe von humanitärer Hilfe durch die internationale Organisation wurden sie von Seiten der ukrainischen Streitkräfte mit Mörsern beschossen. Die ukrainischen Terroristen wussten von der Fahrt des humanitären Konvois, bei dem sich ein Vertreter der internationalen Organisation in der Ukraine, ein Bürger Australiens, befand, sie sahen die Fahrzeuge mit den Symbolen des IKRK und wussten, dass die 30 Einwohner des Dorfes, die an der Abgrenzungslinie leben, humanitäre Hilfe erhalten. Aber das hat sie nicht aufgehalten“, sagte Bassow.

„Sie haben einen vorsätzlichen Beschuss durchgeführt“, unterstrich er.

de.sputniknews.com: Moskau nennt mögliche Ursache des Tu-154-Absturzes bei Sotschi
Die Ermittlung des Absturzes der Passagiermaschine Tu-154 im Dezember 2016 im Schwarzen Meer ist abgeschlossen worden, wie Russlands Verteidigungsministerium bekannt gab. Die Ursache sei möglicherweise ein Fehler des Kapitäns bei der Flugzeugsteuerung. „Im Ergebnis der Ermittlung wurde festgestellt, dass die Raumlagestörung – die Informiertheit des Piloten über die Situation – zu seinen falschen Handlungen und als Resultat zu dem Vorfall geführt haben könnten“, hieß es aus der Militärbehörde.

Es wurden dem Verteidigungsministerium zufolge „keine Verletzungen der Auftankungsregel im Flughafen in der Stadt Sotschi sowie kein Einfluss von äußeren Faktoren festgestellt“.

Am frühen Morgen des 25. Dezembers 2016 war eine Tu-154 des russischen Verteidigungsministeriums sieben Minuten nach dem Start vom Flughafen Adler bei Sotschi, wo die Maschine auf dem Flug von Moskau nach Syrien zum Nachtanken zwischengelandet war, ins Schwarze Meer gestürzt. An Bord befanden sich acht Besatzungsmitglieder und 84 Passagiere: Unter ihnen waren Sänger, Solisten, Musiker und Tänzer des weltberühmten Alexandrow-Ensembles, drei TV-Filmteams mit insgesamt neun Journalisten sowie die weltweit engagierte Ärztin und Leiterin der Wohltätigkeitsstiftung „Gerechte Hilfe“, Jelisaweta Glinka, auch bekannt als „Doktor Lisa“.

Lug-info.com: „Am 31. Mai um 16.10 haben die Kiewer Truppen **Frunse** beschossen. Vorläufig wurde festgestellt, dass in der Folge des Beschusses das Dach eines Wohnhauses in der Perwomajskaja-Straße 115 beschädigt wurde“, teilte die Generalstaatsanwaltschaft der LVR mit.

Vor Ort sind Mitarbeiter der Polizei.

Nach vorläufigen Informationen wurde mit Abwehrgeschützen geschossen.

de.sputniknews.com: Zwischen Syren und Albanern“: Ukrainische Arbeiter finden in Europa

keinen Platz

Ukrainische qualifizierte Arbeiter seien in Europa nicht nachgefragt, äußerte der ukrainische Politologe, Leiter des informatorisch-analytischen Zentrums „Der dritte Sektor“, Andrej Solotarjow.

„Eine gewisse Zahl von ukrainischen Arbeitskräften wird in Tschechien und der Slowakei benötigt. Und das wäre es. Ferner ist der Platz von Ukrainern irgendwo zwischen Syren und Albanern“, so Solotarjow.

Polen lockt demnach Wanderarbeiter und Studenten aus der Ukraine nur an, um seine demografischen Probleme zu lösen. Der Politologe wies unter anderem auf eine schwere Situation im Schiffbau hin. Die ukrainischen Schiffsbauer seien tatsächlich arbeitslos geblieben, fänden aber in Polen kaum Jobs.

„In Polen gibt es noch etwas im Schiffbaubereich, sie haben aber genug Arbeitskräfte“. Ein Drittel aller Schiffsbauer aus der ukrainischen Stadt Nokolaew, die zuvor eines der führenden Schiffbauzentren im Land war, fanden laut Solotarjow neue Arbeitsplätze in Russland, einige Fachleute verdienen Geld in Südkorea.

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **dreimal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Frunse, Choroscheje und Sansharowka**. Geschossen wurde mit 120m-Mörsern und Schützenpanzerwaffen.

de.sputniknews.com: Brüssel bescheinigt der Ukraine hohes Korruptionsniveau
Die Korruption in der Ukraine hat ein sehr hohes Niveau erreicht, wie die EU-Kommissarin für Handel, Cecilia Malmström, in einer Sitzung des EU-Parlaments in Brüssel sagte. Die Regierung in Kiew erarbeite zwar bereits einige Reformen, so die Kommissarin, diese Arbeit müsse jedoch fortgesetzt werden, um diese Korruption zu bekämpfen. Malmström unterstützte zudem die Initiative einiger EU-Parlamentarier nicht, Kiew zusätzliche Wirtschafts- und Handelserleichterungen bereitzustellen. Einer der Gründe sei die niedrige Qualität der Agrarprodukte aus der Ukraine, die den europäischen Standards oft nicht gerecht würden.

Ukrinform.ua: In Kiew ist am Donnerstag das Projekt „Anti-Korruption-Initiative der EU“ offiziell gestartet worden.

Wie ein Korrespondent von Ukrinform mitteilt, hat das Projekt zum Ziel, Möglichkeiten der neu geschaffenen Antikorruptionsbehörden und Kontrolle über den Prozess der Reformen durch das Parlament, die Öffentlichkeit und Medien zu stärken.

„Wir starten offiziell die Initiative der Europäischen Union für die Korruptionsbekämpfung, indem wir Förderprogramme der EU im Bereich Korruptionsbekämpfung zur Verfügung stellen“, sagte EU-Nachbarschaftskommissar Johannes Hahn. Es gebe Fortschritte bei der Reform der Korruptionsbekämpfung in der Ukraine, aber alles „ist nicht so einfach“, so Hahn weiter. Die Korruption sei ein Haupthindernis der Entwicklung der Ukraine. Die Antikorruptionsreformen in der Ukraine seien sehr wichtig für die EU. Die ukrainische Gesellschaft fordere das auch.

Die EU- Initiative ist auf drei Jahre angelegt und wird von der EU mit 15 Millionen Euro und dem Außenministerium Dänemarks mit 1,34 Millionen Euro gefördert.

Dan-news.info/Dnr-online.ru: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainische Beschüssen und deren Folgen

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **65 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Insgesamt wurden **23 Ortschaften der Republik** mit Panzern, Artillerie, Mörsern, Schützenpanzern, Schützenpanzerwagen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. Dies teilt das Verteidigungsministerium der DVR mit.

In der Folge der Beschüsse der Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks im **Petrowskij-Bezirk von Donezk** durch die ukrainischen Streitkräfte wurde Oleg Anatoljewitsch Kuschtschenko, geb. 1969, **verletzt**. Die Behandlung erfolgte ambulant.

Außerdem ist wurde durch Beschüsse von Seiten der ukrainischen Truppen die **Donezker Filterstation (Wasserwerke)** außer Betrieb gesetzt, eine Hauptwasserleitung ist beschädigt. Im Dorf Wasiljewka gibt es keine Wasserversorgung.

Das kommunale Unternehmen Woda Donbassa unterstrich seinerseits, dass die Wasserlieferungen in die Hauptstadt erheblich eingeschränkt wurden. Spezialisten des Unternehmens untersuchen den Schaden und unternehmen Maßnahmen zur Reparatur der Wasserleitung.

de.sputniknews.com: Trump erwägt Rückgabe konfiszierter Botschaftsgebäude an Russland – mit einem Minus

Die Administration des US-Präsidenten Donald Trump prüft eine mögliche Rückgabe der noch unter Barack Obama im Dezember konfiszierten russischen Botschaftsgebäude in Maryland und New York an Russland. Dabei aber könnten die Objekte ihren Status als diplomatische Vertretungen verlieren, berichtet die US-Zeitung Washington Post.

Laut dem Berater von US-Außenminister Rex Tillerson, Richard Hammond, so schreibt das Blatt unter Berufung auf mit dem Diskurs vertraute Personen, gibt es bislang keine endgültige Einigung. Das nächste hochrangige bilaterale Treffen zwischen US- und Russland-Vertretern werde im Juni in St. Petersburg erwartet.

Bevor jedoch eine komplette Rückgabe der betreffenden Botschaftsgebäude in den US-Bundesstaaten Maryland und New York angegangen werden könne, so heißt es nun, erörtert Trumps Administration nun mögliche Einschränkung zur künftigen Nutzung der Objekte, beispielsweise die Aufhebung der diplomatischen Immunität, die auch die Botschaftsgebäude einst genossen. Dann würden die Häuser wie jede andere beliebige Immobilie behandelt und unter US-Recht fallen und die US-Rechtsorgane würden Zugang bekommen. Dies wiederum, so schreibt die WP, würde auch die Vertraulichkeit der dort geführten Gespräche betreffen.

Am Mittwoch hatte der Berater des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Juri Uschakow, mitgeteilt, dass Moskau die Konfiszierung der russischen Besitztümer in den USA nicht weiter unbeachtet lassen werde. „Das Prinzip der Gegenseitigkeit in der Diplomatie hat noch niemand abgeschafft“, so Uschakow.

„Natürlich werden wir diese Schritte, wenn sie nicht doch noch von der amerikanischen Seite irgendwie korrigiert werden, nicht ohne angemessene Reaktionen geschehen lassen.“

Am 23. Mai hatte Moskau mitgeteilt, dass es bereit sei, Gegenmaßnahmen wegen der Sperre des russischen diplomatischen Eigentums in den USA zu treffen. Dies teilte der Minister-Berater der russischen Botschaft in Washington, Denis Gontschar, gegenüber RIA Novosti mit. Russland benachrichtigte demnach die USA über die Art seiner Gegenschritte und strebt eine möglichst schnelle Rückgabe seines Besitzes an.

Anfang Mai hatte Washington Moskau bereits in Aussicht gestellt, dass die Objekte zurückgegeben werden könnten – unter der Bedingung, dass Russland den Bau eines neuen

US-Konsulats in St. Petersburg freigibt.

Am 29. Dezember 2016 hatte der damalige US-Präsident Barack Obama zwei russische Niederlassungen in New York und Maryland geschlossen und gegen neun russische Organisationen und Privatpersonen Sanktionen verhängt. Betroffen waren unter anderem der militärische Nachrichtendienst GRU und der Inlandsgeheimdienst FSB. Die USA machten beide für Hackerangriffe auf die Computer politischer Organisationen verantwortlich.

Russland bestritt dies.

Russlands Präsident Wladimir Putin hatte damals mit einer besonders herzlichen Neujahrsansprache reagiert. Später teilte Moskau mit, dass Russland durchaus Gegenschritte ergreifen könne.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31398/31/313983122.jpg>

de.sputniknews.com: US-Senat schlägt verschärfte Anti-Russland-Sanktionen vor

Die US-Senatoren haben am Mittwoch einen Gesetzentwurf zur Erweiterung der Sanktionen gegen Russland vorgelegt, wie die Nachrichtenagentur Bloomberg meldet.

Das entsprechende Dokument wurde von den Vorsitzenden des Bankenausschusses, dem Republikaner Mike Crapo und seinem demokratischen Kollegen Sherrod Brown, vorgelegt.

Demnach sollen zusätzliche Sanktionen gegen „korrupte Vertreter Russlands“ verhängt werden sowie gegen Personen, die laut den Verfassern des Gesetzentwurfes in Waffenlieferungen in Syrien, Menschenrechtsverletzungen und böswillige Cyber-Aktivitäten im Interesse der russischen Behörden verwickelt sein oder gewesen sein sollen. Zudem sollen neue Sanktionen gegen Personen eingeführt werden, die versuchen, die bestehenden Einschränkungen umzugehen.

So sollen beispielsweise die Möglichkeiten des US-Finanzministeriums zur „Verfolgung der Aktivitäten von russischen Oligarchen“ in den USA erweitert werden: Dieses soll dann Daten von Geldautomaten und über den Zahlungsverkehr auswerten dürfen.

Außerdem sollen neue Sanktionen gegen russische Unternehmen in den Bereich Bergbau, Energie, in der Metallbranche und im Eisenbahnsektor verhängt werden.

Der Plan des Bankenausschusses sei ein Signal dafür, dass einige Politiker die Initiativen von Trumps Regierung zur Verbesserung der Beziehungen zu Russland bewusst störten, so die Nachrichtenagentur.

Lug-info.com: „Bei der Hotline des Innenministeriums der LVR rief die Bürgerin M. an, eine Beamtin in einer der Ortschaften der Nowoajdarskij-Bezirks. Die Frau teilte mit, dass an ihre Dienststelle ein Brief des Sicherheitsdienstes der Ukraine gegangen ist mit der Anforderung, eine Erfassung der Bürger nach Haushalten durchzuführen. In dem Dokument sollten persönliche Daten der Einwohner, ihre Adresse sowie Angaben über die Häuser enthalten sein: Grundstücksgröße, Größe von Häusern und Wirtschaftsgebäuden, Baumaterialien und weitere ausführliche Informationen“, bereitete das Innenministerium.

„Außerdem soll in einem gesonderten Dokument festgehalten werden, wer wann ins Ausland fährt und wie häufig er das tut. Besondere Aufmerksamkeit soll auf Personen gelegt werden, die in die RF fahren. Außerdem soll festgehalten werden, ob die Person ihre Reisen bekannt gibt“, fügte das Ministerium hinzu.

Nach vorläufigen Informationen des Innenministeriums haben auch die andere Kommunen in allen Bezirken des Lugansker Gebiets, das zeitweilig von den Kiewer Truppen besetzt ist, solche Briefe erhalten.

de.sputniknews.com: Moskau erwartet keine Verschärfung europäischer Russland-Sanktionen – EU-Botschafter

Russland erwartet keine Erweiterung der europäischen Sanktionen, wie der Ständige Vertreter Russlands bei der EU, Wladimir Tschischow, am Donnerstag sagte.

„Erstens interessiert uns das nicht. Zweitens denke ich, dass das, die Ausweitung (der Russland-Sanktionen – Anm. d. Red.), nicht passieren wird“, so Tschischow im Vorfeld des 21. Internationalen Wirtschaftsforums in St. Petersburg.

Vom 1. bis 3. Juni 2017 trifft sich im russischen Sankt Petersburg die internationale Wirtschaftselite zum 21. Internationalen Wirtschaftsforum. Hauptthemen

Die Europäische Union hatte am 17. März 2014, nach dem Referendum auf der Krim über die Wiedervereinigung der Schwarzmeer-Halbinsel mit Russland, Sanktionen gegen Akteure verhängt, „die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen“. Seither werden die Sanktionen immer wieder automatisch verlängert.

Dan-news.info: „Im Rahmen der Realisierung des humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Donbass findet unter Leitung des Ministeriums für Industrie und Handel der DVR wöchentlich an den Kontroll- und Passierpunkten „Jelenowka“ und „Majorsk“ ein Markt statt“, teilte das Ministerium mit.

An den Märkten werden etwa 15 örtliche Produzenten teilnehmen. Sie werden Fleisch-, Wurst- und Milchprodukte, Bäckereiwaren, Textilien, Fisch und anderes anbieten. Alle Waren können zu Produktionspreisen gekauft werden.

„Personen mit Anrecht auf Ermäßigungen aus sozialen Gründen werden bei Vorlage eines Ausweises, der bestätigt, dass sie auf dem Territorium des Donezker Oblast wohnen, der zeitweise von der Ukraine kontrolliert wird, Rabatte erhalten“, fügte der Pressedienst des Ministeriums hinzu.

Der erste Markt findet bereits am 3. Juni statt.

de.sputniknews.com: Nulltoleranz für Diskriminierung in Russland – Fußballverband zu Rassismus-Vorwürfen

Fußballfans aus allen Ländern werden bei den anstehenden internationalen Turnieren in Russland willkommen sein. Damit wies der Anti-Rassismus-Kommissar des russischen Fußballverbandes, Alexej Smertin, die Vorwürfe westlicher Medien zurück, die eine Festveranstaltung in Sotschi als rassistisch bezeichnet hatten.

„Uns werden durchaus alle Fans willkommen sein, von allen Kontinenten, und wir werden Gastfreundschaft, Herzengüte und Wärme an den Tag legen“, sagte der WM-Botschafter für Russland 2018 in einem Interview mit dem TV-Sender RT.

Russland halte an Nulltoleranz gegenüber jeder Form von Diskriminierung fest, wie es in den FIFA-Statuten verankert sei, betonte Smertin. Wenn es doch von Zeit zu Zeit zu irgendwelchen Zwischenfällen komme, so seien dies Taten einzelner Personen, die die Stimmung der gesamten russischen Gesellschaft nicht widerspiegeln würden. Diese Tendenz betreffe jedes Land, fügte er hinzu.

Manchmal sei derartiges Verhalten nicht einmal Absicht, sagte Smertin im Zusammenhang mit einer Veranstaltung, die im Vorfeld des FIFA-Konföderationen-Pokals am Dienstag in Sotschi stattgefunden hatte. Beim Festzug des Carnival Sochi Fest 2017 waren einige Teilnehmer in Nationaltrachten eines afrikanischen Landes mit Bananen in den Händen erschienen. Dies reichte der britischen Zeitung „The Guardian“ aus, um der russischen Bevölkerung rassistische Einstellungen zu unterstellen.

Für Smertin seien diese Vorfälle eher die Folge von schlechtem Geschmack und mangelnder Bildung. „Wir müssen dies minimieren, es ist eine Bildungsaufgabe“, sagte er.

„Respekt muss sein — dies ist das Hauptprinzip. Respekt vor den Fans, Respekt vor den Mannschaften, die zum FIFA-Konföderationen-Pokal 2017 und zur Fußball-WM 2018 kommen. Das ist sehr wichtig“, sagte Smertin abschließend.

Zuvor hatte sich „The Guardian“ besorgt über mögliche Äußerungen von Rassismus bei den internationalen Fußballturnieren in Russland geäußert. Anlass waren Fotos, die den Karnevalsfestzug im russischen Sotschi im Vorfeld des FIFA-Konföderationen-Pokals zeigten. Laut der Stadtverwaltung wollten die Teilnehmer lediglich Bewohner von verschiedenen Kontinenten darstellen und eine positive Atmosphäre schaffen. Die Veranstalter hätten ausschließlich freundschaftliche Ziele gehabt und niemanden verletzen wollen, hieß es.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31597/48/315974800.jpg>

nachmittags:

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR
Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich verändert und **bleibt angespannt**, in den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen das Regime der Feuereinstellung **dreimal** verletzt. Insgesamt wurden 27 Geschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Im Zusammenhang mit dem Internationalen Kindertag wurde mit der ukrainischen Seite eine Vereinbarung über eine unbefristete Feuereinstellung ab dem 1. Juni getroffen.

Die Einheiten der Volksmiliz der LVR halten wie auch zuvor die Minsker Vereinbarungen im ganzen ein und insbesondere dieses „Regime der Ruhe“.

Zum Stand um 13:00 wird das **„Regime der Ruhe“ in der Republik eingehalten**. Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden nicht festgestellt.

Um mögliche provokative Handlungen des Gegners an der Kontaktlinie zu verhindern, wurde von der Volksmiliz der Republik eine Überprüfung der Bereitschaft der Antidiversionseinheiten durchgeführt.

Nach unserer Information plant die ukrainische Seite heute die Durchführung von Provokationen auf dem Territorium der Republik und entlang der Kontaktlinie.

Deshalb wende ich mich an alle Einwohner der LVR mit der Bitte um Vorsicht und Wachsamkeit. Bei der Entdeckung von verdächtigen Gegenständen oder Personen wenden Sie sich bitte in allen Fällen telefonisch an die zuständigen Dienste.

Die ukrainische Seite verletzt weiter die Minsker Vereinbarungen zum Abzug von schweren Waffen von der Kontaktlinie.

So wurde im Gebiet von Krymskoje, 3km von der Kontaktlinie, von uns die Stationierung von zwei Artilleriebatterien entdeckt – es handelt sich um 12 122mm-Artilleriegeschützen „Gwosdika“ aus dem Bestand der 93. Brigade der ukrainischen Streitkräfte.

Diese Tatsache zeugt davon, dass die verbrecherische ukrainische Führung alle Maßnahmen zur weiteren Eskalation des Konflikts im Südosten der Ukraine unternimmt.

Die Verteidigungsbehörde der Republik stellt weiterhin Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte fest, die in der Zone der sogenannten „ATO“ befinden.

So starb bei der Fortbewegung von Raupentechnik wegen Nichtbeachtung von Sicherheitsanforderung ein Soldat der 14. Brigade und zwei wurden verletzt.

Im 3. Bataillon der 93. Brigade starben bei unvorsichtigem Umgang mit Munition zwei Soldaten aufgrund der Detonation einer Granate.

Beide Fälle werden sorgfältig gegenüber dem übergeordneten Kommando verheimlicht.

de.sputniknews.com: Eindämmung Russlands: Moskau kämpft um seine legitimen Interessen – Putin

Russland kämpft um seine legitimen Interessen, während man versucht, es einzudämmen. Dies erklärte der russische Präsident Wladimir Putin bei seinem Treffen mit den Chefs von Nachrichtenagenturen im Rahmen des St. Petersburger Internationalen Wirtschaftsforums (SPIEF).

„Eine multipolare Welt etabliert sich, dies passiert nicht zuletzt dank Russlands Kampf um seine Interessen. Ich möchte unterstreichen: um seine legitimen Interessen. Das ist der erste Teil“, sagte Putin. „Der zweite besteht darin, dass unsere Partner in einzelnen Staaten oder in einer Gruppe von Ländern vor einiger Zeit begonnen haben, Russland einzudämmen, sein legitimes Streben nach nationalen Interessen einzudämmen, wobei sie unterschiedliche Handlungen, darunter auch wirtschaftliche, ausüben, die gegen internationales Recht verstoßen“, so der russische Präsident weiter.

„Und jetzt sehen sie, dass dies nicht funktioniert. Null-Effekt. Und dies führt zu innerem

Ärger und dem Wunsch, mit irgendwelchen Mitteln sein Ziel zu erreichen. Dies ruft das Streben danach hervor, die Situation zu verschärfen. Leider geben wir keinen Anlass für jene, die dies tun, aber sie versuchen, diesen Anlass zu finden – aus dem Nichts, wie man in unserem Heimatland sagt.“



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31575/88/315758864.jpg>

de.sputniknews.com: Putin zu Bundestagswahlen: Wir bevorzugen niemanden

Bei den bevorstehenden Bundestagswahlen bevorzugt Russland laut Präsident Wladimir Putin niemanden.

„Uns ist egal, mit wem wir zusammenarbeiten werden, wir bevorzugen niemanden“, sagte er am Donnerstag beim Petersburger Internationalen Wirtschaftsforum. „Hauptsache ist eine konstruktive Einstellung.“

"Ich hoffe, dass in der Bundesrepublik Menschen an der Spitze stehen werden, die in der Lage sind, den gesamten bedeutenden Komplex unserer Beziehungen einzuschätzen. Davon ausgehend werden die grundlegenden Faktoren unserer Beziehungen stets ihre positive Rolle spielen — so oder so, egal, wer in der Bundesrepublik an der Spitze steht."

In Bezug auf Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte er: „Es gibt Meinungsverschiedenheiten zwischen uns, es gibt aber auch viele Berührungspunkte, darunter auch in der Wirtschaft und in der internationalen Politik.“

"Für mich steht es außer Zweifel, dass Russland und Deutschland auch nach den Wahlen in der Bundesrepublik ihre Zusammenarbeit fortsetzen werden", fügte er hinzu.

Allen politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zum Trotz habe kein einziges deutsches Unternehmen den russischen Markt verlassen, so Putin weiter.

„Es liegt daran, dass wir (Russland und Deutschland – Anm. d. Red.) uns geeinigt haben und eine ganze Reihe von Projekten verwirklichen, bei denen das Produktionsvolumen auf russischem Boden hochtechnologisch, also auch der sogenannte Lokalisierungsgrad recht solide ist und 60 bis 70 Prozent erreicht. Ein gutes Beispiel dafür ist der Automobilbau“, sagte Putin.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte 65 Mal das Regime der

Feuereinstellung verletzt.

Die größte Zahl von Beschüssen wurde in Richtung Donezk festgestellt. Von den Positionen der 72. und 92. mechanisierten Brigade aus wurden **Jakowlewka, Krutaja Balka, Mineralnoje, Wasiljewka, Spartak, Staromichajlowka, Dokutschajewsk, Jasnoje, das Gebiet des Flughafens und der Petrowskij-Bezirk von Donezk** beschossen. Die ukrainischen Verbrecher haben 14 Artilleriegeschosse des Kalibers 152 und 122mm, 28 Panzergeschosse und 490 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen. In der Folge eines Beschusses des Petrowskij-Bezirks von Donezk wurde **ein Mann verletzt** – O. A. Kutschtschenko, geb. 1969.

In Richtung Gorlowka hat der Gegner mit verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen **Sajzewo, Michajlowka, Werchnetorezkoje und Shelesnaja Balka** beschossen.

In Richtung Mariupol wurden von Positionen der 36. Marineinfanteriebrigade die Ortschaften **Sachanka, Oktjabrj, Nikolajewka, Sosnowskoje, Saitschenko, Kominternowo, Dsershinskoje und Leninskoje** beschossen. Dabei hat der Gegner elf Artilleriegeschosse des Kalibers 122mm, 106 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm und 22 Panzergeschosse abgeschossen.

Im Ganzen wird seit heute 0 Uhr das Regime der Feuereinstellung von der ukrainischen Seite eingehalten. Unter Nutzung der Waffenrufe werden Versuche zur Durchführung von Provokationen auf dem Territorium der DVR durchgeführt werden.

Im Zusammenhang damit ist in den Einheiten der Streitkräfte der DVR ein Komplex praktischer Maßnahmen zur Erhöhung des Schutzes von militärischen und administrativen Objekten der Republik gegen Terrorismus und Diversion geplant und wird gemeinsam mit Einheiten des Staatssicherheitsministeriums und des Innenministeriums durchgeführt. Auch im Zusammenhang mit den Veranstaltungen zum Internationalen Kindertag sind zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen ergriffen worden.

Trotz der von der militärisch-politischen Führung ergriffenen Maßnahmen ist die Disziplin in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte nach wie vor niedrig.

Unter anderem haben wir von Vertretern des Apparats der Leiter der Hauptabteilung für Personalangelegenheiten der ukrainischen Streitkräfte ein Bericht zu Fällen von Rechtsverletzungen in den Struktureinheiten des Verteidigungsministeriums der Ukraine und den ukrainischen Streitkräfte für den Zeitraum vom 11. bis 17. Mai 2017 erhalten.

So wurden in dieser Woche in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte insgesamt 106 Rechtsverletzungen unter Beteiligung von Soldaten festgestellt. Davon sind mehr als die Hälfte, nämlich 59, Fälle von eigenmächtigen Verlassens des Truppenteils und Desertion, 15 Fälle von Diebstahl von Material und Waffen, Fälschung von Dokumenten, 3 Todesfälle durch Drogen- oder Alkoholvergiftung, 2 Morde, 13 Fälle von nicht ordnungsgemäßem gegenseitigen Verhalten, 14 andere Rechtsverletzungen.

Zu einzelnen Fällen liegen uns Untersuchungen aus der 81. Luftlandebrigade vor.

Gemäß einer Untersuchung des stellvertretenden Kommandeurs des 122. Bataillons der 81. Brigade, zuständig für die psychologische Betreuung, Hauptmann W. A. Ljaschenko, verhielt sich der Soldat Semenjuta, der sich in einem 24stündigen Dienst befand, unter Einfluss von Drogen gegenüber dem Kommandeur des Zugs, Unterleutnant Gejko, nicht ordnungsgemäß. Nach Auffassung des Soldaten brachte der Kommandeur seine Unterstützung für die jungen Republiken zum Ausdruck, in der Folge fügte der Soldat dem Offizier schwere Körperverletzungen zu.

Gemäß einer anderen Untersuchung des stellvertretenden Kommandeurs des 122. Bataillons betrank sich der Feldwebel Kiriljuk während eines eigenmächtigen Aufenthalts in Drushkowka und fügte dem Bürger Iskjandarow schwere Körperverletzungen zu. Kiriljuk erklärte seine Handlungen mit einer Beleidigung von Seiten Iskjandarows, der den Feldwebel „Bandera-Mann“ genannt hatte. Dabei liegen Informationen vor, dass der stellvertretende

Kommandeur des 122. Bataillons versucht, diesen Fall zu verdrehen, damit das in der Folge aufgenommene Strafverfahren in der Ermittlungsphase eingestellt wird.
Also sind Mord, massenweises eigenmächtiges Verlassen des Truppenteils, Diebstahl von Waffen und Eigentum, Todesfälle wegen Alkohol- und Drogenmissbrauch im ganzen gewöhnliche und unbedeutende Fälle für die Truppenteile der Ukraine, die keine Aufmerksamkeit verdienen.

de.sputniknews.com: Putin auf dpa-Frage: Russland betreibt keine Hackerattacken auf Staatsebene

Hacker kann es in jedem Land geben, auf Staatsebene betreibt Russland das nicht – das erklärte Russlands Präsident Wladimir Putin am Donnerstag bei seinem Treffen mit Chefs internationaler Nachrichtenagenturen. Das Treffen fand im Rahmen des Petersburger Internationalen Wirtschaftsforums (PIEF) statt.

„Natürlich ist der allgemeine Hintergrund der zwischenstaatlichen Beziehungen auch in diesem Fall von Bedeutung, weil die Hacker – wie Künstler – freie Menschen sind“, so Putin. „Sie sind morgens gut gelaunt aufgestanden und fangen an, Bilder zu malen. Genauso die Hacker: Sie wachen heute früh auf und fanden, dass in den internationalen Beziehungen etwas irgendwo im Gange ist. Sie sind patriotisch eingestellt und wollen ihren Beitrag dazu leisten, wie sie es im Kampf mit denen, die sich schlecht über Russland äußern, für richtig halten. Theoretisch ist das möglich.“

„Auf Staatsebene betreiben wir das aber niemals – das ist das Bedeutendste und das Wichtigste“, fügte er hinzu.

de.sputniknews.com: Putin: Russland wird dem Ausbau des US-Raketenschildes nicht willenlos zusehen, wie sich der amerikanische Raketenschild erweitert. Das betrifft auch das Auftauchen von dessen Teilen in Südkorea, sagte er am Donnerstag im Rahmen des Petersburger Internationalen Wirtschaftsforums.

„Teile des Raketenschildes entstehen in Alaska, jetzt auch in Südkorea“, stellte er fest. „Wir überlegen, wie wir diese Herausforderungen erwidern könnten. Für uns ist das eine Herausforderung.“

Dnr-online.ru: Heute, am Internationalen Kindertag, fand im Kino Swedotschka eine Aktion mit Unterstützung des Informationsministeriums der DVR und der Verwaltung des Kujbyschewskij-Bezirks von Donezk statt.

„Heute am Internationalen Kindertag haben die Kinder des Kujbyschewskij-Bezirks zu einer kostenlosen Vorführung eines Zeichentrickfilms in das Kino Swedotschka eingeladen. Wir hoffen, dass dieser Tag ein helles Symbol für Fürsorge und Liebe ist und dass unsere Kinder in der nahen Zukunft einen friedlichen Himmel über dem Kopf haben werden. Wir legen alle Anstrengungen darein, für sie einen helle Zukunft zu sichern“, sagte der Leiter des Kujbyschewskij-Bezirks von Donezk Iwan Adamez.

Die Vorsitzende der Organisation kinderreicher Familien des Kujbyschewskij-Bezirks von Donezk Natalja Ognenko dankte im Namen aller Mütter für diese Aufmerksamkeit.

de.sputniknews.com: Ende Juni läuft die Amtszeit des aktuellen OSZE-Generalsekretärs Lamberto Zannier aus. Die OSZE-Mitgliedsstaaten müssen bei der Bestimmung des Nachfolgers einen Konsens erzielen. Moskau lehnt einen der aussichtsreichen Kandidaten jedoch kategorisch ab, schreibt die Zeitung „Kommersant“ am Donnerstag.

Als Favoriten für den Posten gelten der stellvertretende Leiter der Direktion für Entwicklung

und Zusammenarbeit (DEZA) in der Schweiz, Thomas Greminger, sowie der ehemalige EU-Kommissar für Erweiterung und Nachbarschaftspolitik, der Tscheche Stefan Füle.

Zu den weiteren Kandidaten gehören der ehemalige Außenminister Kasachstans, Jerlan Idrissow, der ehemalige Vorsitzende der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Ilkka Kanerva, und die weißrussische Botschafterin in Österreich, Jelena Kuptschewa.

Das russische Außenministerium teilte am 17. April mit, dass Moskau die Kandidatur von Jelena Kuptschina unterstützt. Laut Quellen im OSZE-Sekretariat waren ihre Chancen von Anfang an nicht schlecht, auch wegen des Geschlechts – die Organisation hatte noch nie eine weibliche Generalsekretärin. Doch nach der Zerschlagung der Protestaktionen durch weißrussische Polizisten und die Festnahme von Protestierenden im Februar und März gaben mehrere EU-Mitglieder zu verstehen, dass sie nicht bereit seien, Minsk für sein schlechtes Verhalten zu belohnen.

Laut „Kommersant“-Quellen gelten Füle und Greminger als Favoriten. MGIMO-Absolvent Stefan Füle war zwischen 2010 und 2014 EU-Kommissar für Erweiterung und Nachbarschaftspolitik. Er war für das Projekt „Östliche Partnerschaft“ zuständig, das eine engere Integration der postsowjetischen Republiken mit der EU vorsah. In seine Amtszeit fiel auch der Ukraine-Konflikt, der unter anderem durch die Pläne Kiews verursacht wurde, Ende 2013 das Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen.

Der Ukraine-Krieg betraf auch den Schweizer Thomas Greminger. 2014 war er Chef des Ständigen OSZE-Rates während des Schweizer Vorsitzes in der Organisation.

Laut OSZE-Diplomaten sind Gremingers Chancen größer. „Für Füle sprechen sein Bekanntheitsgrad und seine Reputation. Er ist ein starker Politiker, man kennt ihn gut in der EU und außerhalb der Union. Der Schweizer bekleidete noch keinen prestigeträchtigen Posten, doch er hat Erfahrung in der OSZE-Tätigkeit – er war ständiger Vertreter der Schweiz in dieser Organisation.“

„In der OSZE-Arbeit gibt es viele innere Details, die man kennen muss. Füle ist zwar ein guter Diplomat, doch er kennt nicht die gesamte innere Küche, was ein Problem darstellen kann“, so die Quelle. Zudem habe der Schweizer Vorsitz am Höhepunkt der Ukraine-Krise sich ziemlich gut präsentiert.

Moskau würde eher den Schweizer unterstützen. Wie einige Diplomaten sagten, ist Moskau gegen Füle. Der Schweizer Kandidat sei zu bevorzugen. „Stefan Füle war einer der Verfasser der Idee der Östlichen Partnerschaft, der Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens mit der Ukraine und der Erweiterung des Einflusses gen Osten. In Moskau gilt Füle als einer der Architekten des Kiewer Maidans, weshalb seine Kandidatur als OSZE-Chef für Russland inakzeptabel ist“, sagte der Experte vom Moskauer Carnegie-Zentrum, Alexander Gabujew.

[Ukrinform.ua: Nach Angaben des Vize-Chefs der Beobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa \(OSZE\) in der Ukraine, Alexander Hug, sind neun Zivilisten vorige Woche im Gebiet der Antiterror-Operation verwundet worden.](#)

[Das sagte er in einem Briefing, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform.](#)

[„Vorige Woche haben wir neun Verwundete unter den Zivilisten bestätigt. Sechs Frauen und drei Männer wurden verwundet. Fünf Fälle ereigneten sich in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten“, erklärte Hug.](#)

Abends:

av-zakharchenko.su: Alexandr Sachartschenko kündigte den Beginn gemeinsamer Übungen der bewaffneten Strukturen zur Erhöhung des Sicherheitsniveaus an
Alexandr Wladimirowitsch, die Einwohner der Republik konnten heute ein Verstärkung von Sicherheitsmaßnahmen auf dem gesamten Territorium bemerken. Womit hängt diese Aktivierung zusammen?

Tatsächlich, seit heute habe ich alle bewaffneten Strukturen der DVR in erhöhte Bereitschaft versetzt und das Startsignal für systematische gemeinsame Übungen von militärischen Leitungsorganen und Einheiten der Streitkräfte, des Staatssicherheitsministeriums und des Innenministeriums zur Terrorismusabwehr gegeben. Dies ist durch die Gefahr der Vorbereitung und Durchführung von Diversions- und Terrorakten von Seiten der Ukraine auf unserem Territorium bedingt.

Eine lange Feuerpause an der Front provoziert die ukrainische Regierung und ihre Spezialdienste dazu, hinterlistig und so schmerzhaft wie möglich zuzuschlagen. Unsere Aufgabe ist es, zur Abwehr jeglicher Bedrohung bereit zu sein. Umso mehr als heute ein Festtag ist – der Internationale Kindertag und wir sind verpflichtet, unsere kleinen Einwohner gegen mögliche Provokationen auf dem Territorium der Republik zu schützen.

Ich bitte unsere Bürger, sich gegenüber den Übungen der bewaffneten Organe mit Verständnis zu verhalten. All dies ist vor allem mit Ihrer Sicherheit verbunden.

Ukrinform.ua: Der Sicherheitsdienst der Ukraine SBU durchsucht Büroräume des Internetproviders Wnet in Kiew.

Das teilte die Sprecherin von SBU, Olena Hitljanska, auf ihrer Facebook-Seite mit. Der SBU werde wegen „Finanzierung der Handlungen, die eine gewaltsame Änderung oder einen Sturz der Verfassungsordnung oder eine Machtergreifung, Änderungen der Grenzen des Territoriums oder der Staatsgrenzen zum Ziel haben“ ermittelt, schrieb die Sprecherin.

de.sputniknews.com: Guter Ukrainer, böser Russe
Armin Siebert

Vor einigen Tage glänzte die BILD mit der Schlagzeile: „Russenmafia kassiert deutsche Pflegegelder“. Es geht um ein Netzwerk von Pflegediensten, die die Pflegekassen um hohe Summen geprellt haben. Pfleger, Ärzte, Apotheker, aber auch Patienten und deren Angehörige haben gemeinsame Sache gemacht und Leistungen abgerechnet, die nie erbracht wurden. Das ist alles ganz furchtbar, soll aber nicht Thema dieses Kommentars sein. Es geht mal wieder um die Russen. An sich. 70 Jahre hat sich ja keiner daran gestört, pauschal alle Sowjetbürger als Russen zu bezeichnen. Seit dem Ende der Sowjetunion bemüht man sich nun, die ganzen Nachfolgestaaten und deren Völker halbwegs richtig zu bezeichnen. Es sei denn, sie haben Mist verzapft. Dann sind es wieder „die Russen“. Das System dieser Pflegemafia basierte wohl auch gerade darauf, dass alle Beteiligten Russisch sprechen — als gemeinsamen Identifikationsfaktor, der ihnen sicher auch half quasi als Geheimsprache, den Behörden so lange verborgen zu bleiben.

Der eigentliche Punkt an dieser Geschichte ist jedoch ein anderer. Wenn man den internen Bericht des Bundeskriminalamtes und des Landeskriminalamtes NRW zu diesem Pflegekandal öffnet, dann erfährt man, dass der größte Teil dieser Betrüger aus der Ukraine stammt. Von 30 Artikeln querbeet durch alle großen Mainstream-Medien findet man diese Aussage in einem. In allen anderen Berichten wird von „Russen“ oder, etwas mehr um Korrektheit bemüht, von „russischsprachigen“ oder „russischstämmigen“ Menschen gesprochen.

Es gibt übrigens auch einen neuen Begriff, der anscheinend jetzt für Menschen aus den ehemaligen Sowjetrepubliken verwendet wird: russisch-eurasisch. Abgesehen davon, dass bei

mir dieser Begriff unwohle Assoziationen mit der braunen Rassenlehre hervorruft, kann man nur darüber spekulieren, ob diese Begriffslancierung nun der Vereinfachung oder der Ausmerzung des gemeinsamen sowjetischen Erbes dieser Menschen dienen soll.

Aber zurück zum Thema. Die Russen waren es also. Das ist es, was alle schreiben und was bei den Lesern hängenbleiben soll. Wo bleibt der Protestschrei der Ukrainer? Gerade in den letzten Jahren musste man doch fast mit Todesdrohungen rechnen, wenn man Ukrainer als Russen bezeichnet hat. Und gerade die westlichen Medien haben tatkräftig die Mär verbreitet, dass Russen und Ukrainer nun rein gar nichts mehr gemein haben, es nicht Millionen Mischehen und eine fast beispiellose Verschmelzung der russischen und ukrainischen Kulturkreise gibt. Aber auch das ist ein anderes Thema.

Nun haben also Ukrainer etwas ausgefressen und werden prompt zu Russen gemacht. Es wäre auch unsensibel, gerade jetzt negativ über Ukrainer zu berichten. Gerade erst hat sich für die Ukrainer das Visa-Tor nach Europa geöffnet, wir haben noch die bunten Bilder vom Eurovision Song Contest im Kopf und überhaupt, die armen Ukrainer. Wir lassen uns Minsk II nicht kaputt machen. Da sind Faschisten im Parlament und die extremste Internetzensur, die Europa je erlebt hat, nur local news.

Übrigens haben die Betrüger, gegen die nun ermittelt wird, alle einen deutschen Pass. Auch dieser Fakt wurde von keinem Medium thematisiert. In Deutschland leben schätzungsweise etwa drei Millionen „Russischsprachige“. Die meisten von ihnen sind prima integriert und eher für ihre Rechtschaffenheit bekannt. Aber Russenmafia klingt so schön gefährlich. Die wurden vom Ausland eingeschleust, das sind gar keine richtigen Deutschen.

Allerdings muss ich die deutschen Medien etwas in Schutz nehmen. Der Fisch stinkt vom Kopf her. Denn der BKA-Bericht, auf dem die Skandalwelle basiert, nennt sich: „Abrechnungsbetrug im Gesundheitswesen durch russische Pflegedienste“. Wenn selbst das deutsche Bundeskriminalamt, quasi ein offizieller Vertreter der deutschen Bundesregierung, mit solch diskriminierenden Pauschalisierungen arbeitet, dann kann man wohl den Medien keinen Vorwurf machen. Zum Recherchieren und tatsächlichen Lesen von Dokumenten, über die man berichtet, bleibt ja den Journalisten heutzutage keine Zeit. Und wenn das BKA von „Russen“ spricht, dann darf man das ja wohl auch.

Das BKA ist also die neue BILD-Zeitung. Gut Nacht, Deutschland. Die Russen kommen.

[Ukrinform.ua: Angesichts der russischen Aggression soll die östliche Grenze der Ukraine besser geschützt werden. Die Frage über eine Einführung der Visumpflicht mit der Russischen Föderation soll sofort geregelt werden.](#)

[Das sagte der Sekretär des Rates für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine, Olexandr Turtschynow, vor der Presse, vor dem Beginn des Nationalen Gebetsfrühstücks am Donnerstag in Kiew, meldet die Pressestelle des Rates.](#)

[„Diese Frage ist nicht nur reif, sie ist überreif. Sie soll sofort realisiert werden“, sagte Turtschynow.](#)

[Er betonte, Ukrainer würden nach Europa frei einreisen, und der Schutz der östlichen Grenze solle verbessert werden, „um die Zivilisation von der Aggression der Russischen Föderation und einer Durchdringung der hybriden provokativen Technologien der Russischen Föderation zu schützen.“](#)

[Dnr-online.ru: Am Donnerstag, den 1. Juni, am Internationalen Kindertag, hat das Kulturministerium der DVR Festveranstaltungen in einer Reihe von Städten der DVR, die sich an der Abgrenzungslinie befinden, durchgeführt.](#)

[Die Festprogramme für die jungen Zuschauer wurden von führenden Künstlern der Donezker staatlichen akademischen Philharmonie, von Künstlerkollektiven des Donezker College für Kultur und Kunst sowie vom Kulturpalast „Jubilejnej“ durchgeführt. Die Veranstaltungen](#)

fanden im Rahmen des humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Donbass statt. Helle und fröhliche Konzertprogramme für die kleinen Bürger der Republik fanden in Gorlowka, Telmanowo, Jasinowataja und in der Ortschaft Krasnyj Partisan statt – in Gebieten, die ständig von Seiten der ukrainischen Streitkräfte beschossen werden. An dem Festtag schenkten die Donezker Künstler den Kindern fröhliche Lieder und Tänze, vergnügliche Spiele und eine große Zahl schöner Geschenke.

An den Festveranstaltungen nahmen auch Kinder teil, die auf dem zeitweise von der Ukraine kontrolliertem Territorium des Donbass leben.

Lug-info.com: Ein einmaliges Kinderzeltlager „Orlow-Insel“ wurde in Altschewsk auf dem Territorium der städtischen Biostation eröffnet. Dies teilte die Stadtverwaltung mit. „Orlow-Insel“, ein einmaliges Zeltlager, wo die Kinder rund um die Uhr bleiben, eröffnete am 1. Juni in Altschewsk am Ufer der Orlow-Staustelle“, teilte das Bürgermeisteramt mit. Das Lager liegt auf dem Territorium des ökologisch-biologischen Zentrums von Altschewsk. Insgesamt wird es drei Lagerdurchgänge geben.

„Ein solches Erholungslager gibt es in Altschewsk zum ersten Mal und es hat schon eine große Zahl an Schülern angezogen. Vielen haben den Wunsch hier zu sein. Erholung an der frischen Luft, aktive Spiele, Kontakt mit den Tieren der Station, Abende am Lagerfeuer und gutes Essen viermal am Tag erwartet die Kinder“, erklärte das Bürgermeisteramt.

„Unsere Aufgabe ist es, dass sich so viele Kinder wie möglich erholen können, um sie mit interessanten Veranstaltungen, Unterhaltungen, Freundschaften zu beschäftigen“, sagte die Bürgermeisterin Natalja Pjatkowa.

Insgesamt sind in allen Erholungslagern der Stadt im ersten Durchgang 2000 Kinder.